

Vertheilt täglich
Abonnementpreis
monatlich 60 Pf., jährlich 1.50 M.
postfrei. Preis des Einzelhefts
nur 10 Pf. (einschl. 10 Pf.)

„Die Neue Welt“
(Unternehmensblatt), durch
die Post nicht beschickbar, kostet
monatlich 10 Pf., jährlich 30 Pf.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weitzenfels-Zeitz,
Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Redaktion und Expedition: Weichstraße 21, erstes Hof postweise rechts.
Telegraphen-Adresse: Volksblatt Halle/Saale.

Interessentenschein
Betrachtet für die halbjährige
Betrachtung über diesen Raum
15 Pf. für Abonnenten
Receivés und Abonnenten
ausgegeben. In demselben
ist die Adresse des
Inhabers zu verzeichnen.
Spenden für die
Redaktion sind jederzeit
annahmefähig. Die
Einnahmen sind für die
Eingetragenen in der
Zeitungsschneiderei unter
Nr. 72056.

Nr. 54.

Freitag den 5. März 1897.

8. Jahrgang

„Helfershelfer der Sozialdemokratie“.

Dieses gegenwärtig in gewissen Zeitungen ein stehendes Thema bildende Schlagwort ist nicht neu. Die Zeit seiner Entstehung reicht um drei Jahrzehnte, bis in das erste Entwicklungsstadium der Sozialdemokratie zurück. Fast keiner unserer leitenden Staatsmänner und keine unserer sogenannten außerparlamentarischen Parteien ist von der Anwendung dieses Schlagwortes auf sich verschont geblieben; gegenwärtig und immer in herzerfreudiger Abwechslung haben die Ordnungspolitiker alle Richtungen sich damit regaliert. Zuerst mußte derselbe Staatsmann, dessen Presse nicht müde wird, immer neue „Helfershelfer der Sozialdemokratie“ zu entdecken, Bismarck, sich vom „Liberalismus“ beschuldigen lassen, die „Kasselerischen Bestrebungen“ zu protegieren und ihnen Vorkurs zu leisten. Als er das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht für den Norddeutschen Bund einführt, erhob die fortschrittliche Presse gegen ihn den Vorwurf, daß er damit, „um die Opposition des liberalen Bürgeriums zu brechen, die Geschäfte der Sozialdemokratie besorge“. Letzteres war allerdings nicht seine Absicht; er glaubte, der Sozialdemokratie als Mittel für seine reaktionären Zwecke sich bedienen zu können; aber diese Spekulation schlug gründlich fehl. Immerhin war er der Erste, der als „Helfershelfer der Sozialdemokratie“ offen vor aller Welt „gerodet“ wurde.

Als dann in den Jahren 1866 bis 1870 der Bischof Ketteler von Mainz in einer Reihe von Vorträgen und Broschüren das ökonomische Programm Ferdinand Lassalles gebührend würdigte, ihm in einzelnen Punkten direkt bestimmend und seinerseits den „Kampf gegen das göttliche Kapital auf dem Boden des Christentums“ als Notwendigkeit proklamierte, da fand sich die Presse des Liberalismus und des Zentrumismus bald zusammen in dem Urteil: Dieser Kirchenfürst sei „ein höchst gefährlicher Helfershelfer der Sozialdemokratie“. Man fällt dieses Urteil unbekümmert um die Thatsache, daß Bischof Ketteler doch nur beabsichtigt, die Arbeiter für eine „katholische Sozialpolitik“ als integrierenden Teil der ultramontanen Kirchenpolitik zu gewinnen.

Dann traten die Vertreter der Idee vom „sozialen Königtum“, die „Katheder-Sozialisten“ und die „Christlich-Sozialen“ profanantischer Richtung unter Süders Führung auf den Plan. Es half ihnen nichts, daß sie versicherten: „Wir wollen den sozialen Mißständen durch „Reformen“ beikommen, um die Sozialdemokratie zu überwinden.“ Die kapitalistischen Organe erklärten sie in Acht und Bann mit dem Schlagwort: „Helfershelfer der Sozialdemokratie“.

Se mehr der Interessententum zwischen den „Staatsbehaltenden“ Parteien sich zuspitzte und neue „reformatorische“ Richtungen entstehen, desto ausgiebiger wird dieses Schlagwort benutzt. Die falsche Winke bekommt Mars und wird mit immer neuem Rhythmus gezeigt. In der Zeit des Kulturkampfes wird von Bismarck und seinen Getreuen das Zentrum als „Reichsfeind“ und „Bundesgenosse der Unlustpartei“ feierlich geädert. Das „Bündnis der roten und der schwarzen Internationalen“ wird der „patriotischen“ „Philister-schicht“ vorgeschwindelt. Der Ultramontanismus rebrandisiert sich; er konstatiert, daß die Bismarckische Politik „nur die Wirkung haben kann, die Sozialdemokratie zu fördern“, daß der Liberalismus „nicht nur der Vater der Sozialdemokratie, sondern mit seinen destruktiven Tendenzen auch deren natürlicher Bundesgenosse ist“. Letztere Ansicht wird alsbald von der Junkerpartei geteilt. Zentrum und Konfessionspartei verbinden sich zum Kampf gegen die goldne Internationale, in welcher die Sozialdemokratie „ihre besten Helfershelfer“ hat. Der Antisemitismus erhebt sein Haupt, und die liberale Presse getzt: Die Unlustpartei hat einen neuen „Helfershelfer“ bekommen. Die Agrar-Demagogie entwickelt sich und nimmt feste Form und Gestalt an. Und wieder erhebt es von liberaler Seite: „Seht, da ist der Sozialdemokratie eine neue Helfershelferschaft entstanden. Was das Agrarierunwesen fäet, wird die Unlustpartei ernten.“

Die „Unlustpartei“ wächst wirklich immer schneller, immer mächtiger. Unter dem Einfluß dieses Wachstums und der immer schärfer sich zuspitzenden sozialen Frage tauchen neue sozialpolitische Richtungen auf; die sozialistischen Professoren, Professoren und sozialreformatorischen Ideologen“ treten auf; eine „national-soziale Partei“ bildet sich aus diesen Elementen und verkündet: „Auf dem Boden der bestehenden Ordnung, unter Wahrung ihrer Grundlagen, eintreten zu wollen für die berechtigten Forderungen und Interessen des arbeitenden Volkes, um daselbe der Beherrschung durch die Sozialdemokratie zu entreißen“. Der ordnungspolitische Karnevalsgeist läßt sich nicht irren lassen. Freilich v. Stumm und Konioni erklären auf der Tribüne des Reichstages und lassen durch ihre Organe verkünden: „Daß diese neue Rich-

tung die Sozialdemokratie begünstigt“. Der Inbegriff von Reumtücken bietet all seinen Einfluß zur Bekämpfung der sogenannten „christlichen“ Arbeiterorganisation auf, die nach seiner und seiner Gefolgschaft Meinung nur darauf hinarbeiten, die sozialrevolutionäre Armee zu verstärken“. Herr v. Stumm schleudert dem Abgeordneten Hise, der einen Maximalarbeitstag von 10 $\frac{1}{2}$ Stunden fordert, das „verneinende“ Wort entgegen: „Das Zentrum geht durch seinen Antrag geradezu in das sozialdemokratische Lager über“. Der Delegiertentag der „christlichen“ Bergarbeiter stellt, unter „sozialistischen“ Professoren, Professoren und sozialreformatorischer Ideologen“ Forderungen an die Unternehmer. „Damit ist“ — wie die durchaus im Stimmigen Geiste wirkende „Deutsche Volkswirtschaftliche Korrespondenz“ behauptet — „die innerliche Identität des christlichen und des sogenannten nationalen Sozialismus mit dem revolutionären von neuem aufs Klarste hervortritt und festgelegt, daß dieser Sozialismus „nichts anderes ist, als der Marxismus“. Die Bismarck-Organe unflätig mit gewohnter Achtung vor der Vernunft und Wahrheit“ diesen tendenzpolitischen Karnevalsakt. Das hiesige Organ des „Herz“ verächtlich: „Bei jeder Sorte von Sozialismus handelt es sich einfach um die Schüssel zu den Geldsäckeln“.

Nun ist der christlich- und national-sozialen Sache ein Räucher aufgestanden in der Person des ehemaligen national-liberalen Reichstagsabgeordneten Landgerichtsrats Kulemann. In einem in der letzten Nummer der „Zukunft“ veröffentlichten Artikel will er beweisen, daß Herr v. Stumm, der gegen andere Leute den Vorwurf der Begünstigung der Sozialdemokratie erhebt, selbst als ihr Helfershelfer und Schutzpatron zu betrachten ist!

Wie bringt Herr Kulemann diesen Nachweis zu stande? Er meint, Sozialdemokratie und Sozialismus sei ein unterschiedlicher Begriff. Unter Sozialismus sei „einfach Arbeiter-treulichkeit, Schutz der Schwachen gegen den Bedrückten, der Unterdrückten gegen den Unterdrücker“ zu verstehen. Die Sozialdemokratie hingegen sei eine politische Partei, „die ihre Anschauungen und Forderungen viel schärfer als irgend eine andere in ihrem allgemeinen anerkannten Programm verkündet hat“; ihre Bedeutung greife weit hinaus über das wirtschaftliche als auch über das sozialpolitische Gebiet; sie habe im schärfsten Gegensatz zur christlichen Weltanschauung dem Materialismus, und diesem ihren Grundcharakter entspreche ihre „innere Lehre und Højheit, die vorwiegend zersetzende negative Richtung ihrer Wirksamkeit, die Schürung des Hasses und des Neides gegen besser Gestellte und gegen geistig überragende Personen“, ferner „eine Roheit des Gemüths und ein Fehlen des sittlichen Gefühls, das jeden edel veranlagten Menschen empören und abstoßen muß“. Allerdings will Herr Kulemann dabei „scharf unterscheiden zwischen der Sozialdemokratie als System und den der sozialdemokratischen Partei angehörigen Menschen“. Wir wollen diese absonderlichen Ansichten im Rahmen dieses Artikels nicht frustrieren. Mit ihnen leitet Herr Kulemann das Bekanntnis seiner „Gegner-schaft“ wider die Sozialdemokratie ein; von ihnen ausgehend sagt er dem Herrn v. Stumm, „daß er alles that, um dieses Gift unserem Volke einzuschleichen, indem er die Sozialdemokratie auf dem einzigen Wege unterstüzt, den es giebt, um ihr Ziel zu erreichen“, d. h. indem er sie nicht anerkennt, „so weit sie Arbeiterpartei ist“, vielmehr sie „gerade in ihrer Eigenhaft als Interessentvertretung der Arbeiter bekämpft“. Für Herrn v. Stumm und Genossen handle sich „einzig und allein um ihre egoistischen Klasseninteressen“. Da sei also auch Materialismus im Spiele, welchem die sittliche Natur des Volkes geopfert werde, „um auf ihren Trümmern zu herrschen“. Die Politik des Herrn v. Stumm treibe die minder Begüterten — mindestens achtzig Prozent der Bevölkerung — nämlich in die Reihen der Sozialdemokratie, er sei also „eben so gemeingefährlich wie die Sozialdemokratie“. Der Grund, weshalb die Sozialdemokratie von den Großindustriellen & Launen bekämpft werde, sei die Stellung der Sozialdemokratie als Arbeiterinteressenvertretung und damit stelle die Stimmliche Richtung ihr Klasseninteresse über das Staatsinteresse und verdränge, daß den berechtigten Forderungen der Arbeiter entgegenzu kommen werde, wodurch nur die Sozialdemokratie gewonnen könne.

Weiter begründet Herr Kulemann den gegen König Stumm und seine Gefolgschaft erhobenen Vorwurf der Begünstigung der Sozialdemokratie aus ihrem Auftreten gegen die Vertreter der „sozialen Reform“. Inwiefern man diese mit der Sozialdemokratie in einen Topf werfe, bringe man es dahin, daß die Bezeichnung „sozialdemokratisch“ nicht mehr als etwas Verwerfliches betrachtet werde. Wenn es dahin komme, daß „arbeiterfreundlich“ und „sozialdemokratisch“ als gleichbedeutend angesehen werde, dann habe die Sozialdemokratie ihr Spiel gewonnen.

So, also bei der Helfershelferschaft des Freiherrn von Stumm wäre die Sozialdemokratie damit auch glücklich gelangt. Uebrigens haben wir denselben selbst ja schon so oft unsere volle Anerkennung als einen unserer besten Agitatoren wider Willen gesollt. Was der Ordnungshumpen an staatsbehaltenden Politikern auch gebären mag — sie sind alle, alle ohne Unterschied, die Helfershelfer der Sozialdemokratie; mögen sie im Bismarck-Stimmigen, im konservativen, im ultramontanen, im liberalen oder im christlich und national-sozialen Geiste arbeiterfreundlich oder arbeiterfeindlich sein — einleitet, der Effekt ihres Wirkens kann nur uns zu gute kommen. Darüber, in welchem Maße die „Ordnungspolitiker“ seit mehr als dreißig Jahren sich gegenseitig die Helfershelferschaft zuschreiben, brauchen wir uns nicht aufzuregen. Das eigene Verhängnis zwingt sie alle, wider Willen nach zu dienen, während sie wädhnen, uns „erfolgreich“ zu bekämpfen!

Tagesgeschichte.

Zum Trinkspruch des Kaisers bemerkten die meisten liberalen Münchener. R. Nachr. der Kaiser liebe bei seinem lebhaften Temperamente kräftige Biber und Wote, in dem Sinne habe man „mit allem gebührenden Ernst, aber ohne zu große Beunruhigung die „Flammenzeigen“ anzufassen“. Weitere Einzelheiten der Rede unter die kritische Lupe zu nehmen, dürfte man sich versagen. — Die Tägliche Rundschau meint, die Rede werde draußen im Lande nicht den „mächtigen begeisterten Jubel“ finden, den sie beim Provinziallandtag erweckt hat. Die Hundertjahrfeier habe sollen ein Fest der Freude werden, nun habe man gehört, daß sie eine Kampffeyer sein solle. Das genannte Blatt schlägt dann an seine Erörterungen folgende Frage: Soll denn diese traurige Periode des deutschen politischen Lebens, da eine ihrer mittelalterlichen Reaktionen unter der Firma „Kampf gegen den Unmut“ das ganze geistige Leben der Nation ansetzt und endlich unter dem Gelechte des Reichstags in Dinnmarkt über nach tiefer Schwärzung der staatlichen Autorität und nach wahren Triumphzügen der Sozialdemokratie zusammenzulaufen, wiederholen?

„Will man den Unmut wirklich bekämpfen, so muß man ihn“, so schreibt der frumme Reichsbote, „an der Wurzel ergreifen; muß die Kampfsstellung zwischen Arbeiter und Arbeitgeber in geistliche, auf dem Prinzip der Solidarität ruhende Bahnen lenken und im übrigen die naturalistische Weltanschauung in allen ihren Erscheinungen bekämpfen. (Unter der „naturalistischen Weltanschauung“ versteht der Reichsbote alles, was nicht andersschöpferisch ist.) Dann aber muß man auch der vaterlandlosen Unlustpartei mit aller Entschiedenheit der staatlichen Mittel entgegenzutreten, in dem Bewußtsein, daß die Macht des Bösen nicht mit Streicheln zu überwinden ist und daß der Obrigkeit die Macht und Gewalt gegeben ist, Recht und Gerechtigkeit zu üben auf Erden.“

Die Berliner Volks-Zeitung bemerkt dazu: „Die Probe von der Vaterlandlosigkeit der Unlustpartei ist längst veraltet. Wenn vaterlandlos das ist, daß man für keine Bekehrungen auch außerhalb des eigenen Vaterlandes Anstalten macht, so sind die Agrarier, die Bismarckisten, die Ultramontanen genau vaterlandlos wie die Sozialdemokratie. Recht und Gerechtigkeit müssen also damit anfangen, daß man alle Parteien mit gleichem Maße mißt. Ist es aber wahr, daß die „Macht des Bösen“ nicht mit Streicheln überwinden werden kann, so wäre gegen die Agrarier und ihren Anhang ein Ausnahmemaßgebildes dringlich, als jener Zeit das Ausnahmemaßgebild gegen die Sozialdemokratie gewesen ist.“

Der jüdische Priester. In seinem dreißigjährigen Jahraushdriei spricht der Fürstbischof von Kardinal Kopp in Breslau von der hochmütigen Welt, sinnlichen Welt und gottvergessenen Welt. Hochmütigkeit ist sie, das heißt die Annahme der Erde, sinnlich ist sie, das heißt die Beschäftigung der Hürten und Baple und als gottvergessen kann man ohne Unterbrechung die kirchliche Scheiterhaufenpolitik im Mittelalter betrachten anstatt des Bismarckismus, das doch für die Kirche und ihre Organe maßgebend sein muß und welches lautet: „Macht Euch selbst nicht, meine Lieben!“

Ein Ordnungsheld. Der aus dem Landspolizeibeamtete Polizeipolizeu und Redakteur am Berliner Tageblatt Ungold-Sack hat sich bekanntlich verurteilt. Aber nicht nach England in er gegangen, wie er verbreiten ließ, sondern nach Ostpreußen. Hier hat er seine Frau, von allen Mitleid entblüht, im Siche gelassen und ist verurteilt. Schade, daß dieser Kämpfer für Sitte und Ordnung nicht mehr in Berlin ist, er wäre sicherlich sehr flammende patriotische Artikel für die Zenterscheiter geschrieben.

Fräulein Bismarck ist über den „Hundlanger“ begreiflicherweise sehr verärgert. Er räsonniert, der neueste Karikatur des Kaisers werde nicht mehr Erfolg haben, als seine

Vorläufer beschreiben war. Die Hauptsache sei, daß die Regierung ein Ausnahmegericht gegen die Sozialdemokratie vorlege. Und wenn sich die an der Regierung sitzenden Männer das nicht getrauen, will sie sich dadurch, dem Born oder der Wacht der Sozialdemokratie auszuweichen, so müssen sie durch harte Männer ersetzt werden. — Der Preis im Sachverhalte ist endlich geworden.

Ganz richtig beurteilt die ultramontane Köln. Volks-Zig die Richtung des kaiserlichen Trinitätsredes, wenn sie in einem längeren Artikel ausführt, man täusche sich ganz bedeutend in der Ansicht, der Sozialdemokratie sei ein bedeutender Schreck in die Glieder gefahren. Das Blatt fährt dann fort:

Die Sozialdemokraten begnügen sich höchstens die Gerichte zu machen in nächster Zeit wieder besonders viel Geld und Gefängnisstrafen über ihre Zeitungen und Redner verhängen, nicht aber, daß man die Partei als solcher etwas Remissionswertes anhaben könne.

Wie halten es für verfehlt, der Sozialdemokratie auf dem Wege des Patriotismus und des nationalen Empfindens beizukommen zu wollen.

Die soziale Frage ist in erster Linie eine wirtschaftliche und religiöse Frage, und nur von diesem Punkte aus ist die Sozialdemokratie wirksam anzugreifen. Gatten will keine wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse, wie hätten nimmermehr eine Sozialdemokratie. Darum bleibt immer das alte Rezept: Sozialreform. Für den besten Weg zu einer gefunden und notwendigen Sozialreform halten wir die Organisations- und Kooperationsarbeit der Arbeiter. Dann müssen Arbeitgeber und Arbeitnehmer sich verständigen über die Arbeiterforderungen, oder, wo das nicht gelingt, im gesetzlichen Kampfe darum ringen. Das Ergebnis wird nach unserer Überzeugung zwar kein idealer, aber für beide Teile erträglicher Zustand sein, und an einem erträglichen Zustande wird die Sozialdemokratie notwendig zu Grunde gehen. Es liegen überhaupt schon genug Gründe dafür vor, daß die utopische Sozialdemokratie mit ihren Zukunftsphantasmen ihren Höhepunkt überschritten hat und der „positivistischen“ Sozialdemokratie der Gewerkschaftsbewegung mehr und mehr das Feld räumen muß. Die Gewerkschaftsbewegung wird schließlich auch bei der neuen Reformbewegung landen. Diese Angelegenheiten sollen man mehr beachten. Statt der alten heutzutage die Thorheiten eines Sozialphilosophen wie des Freiherren von Stumm für die höchste Weisheit. Da kann man sich denn nicht wundern, wenn man mit der Sozialdemokratie trotz aller Angriffe nicht fertig wird.

Ein interessanter Prozeß steht für Hamburg in Aussicht. Die große Arbeiterkassensache beschäftigt, gegen die Hamburger Polizeibehörde einen Zivilprozeß, gegen eine größere Entschädigungsumme anzuführen, weil eine ganze Anzahl ihrer Mitglieder bei den Erzfällen am 6. und 8. Febr. am Schaarmarkt von Beamten der Polizeibehörde an ihrer Gesundheit arg geschädigt worden sind. Da in einer großen Anzahl von Fällen nachgewiesen werden kann, daß absolut unzulässige Leute, die nichts anderes waren, als harmlose Possanten, von einberühmenden Schutzleuten mit der blanken Waffe verlegt worden sind, ist der Prozeß nicht ganz ausser Acht zu lassen.

Wackerlos. Wie die Korrespondenz aus nichtorthodoxen Kreisen des protestantischen Vereins berichtet, heißt es in einem für die Jugend bestimmten christlichen Zeitschriften wackerlos: „Weim Anstreben beste andächtigt das Glaubensbekenntnis.“ Das Gebot wird gewissermaßen umgedeutet, es ist größer und besser, es gewährt die Morgenstimmung ist, welche der sich anziehende Junge zu erhalten „glaubt“.

Wegen Verleumdung des bairischen Prinzregenten war der Redakteur des Münch. Anz. in Untersuchung gezogen worden. Jetzt hat man den Lebelstäter außer Verfolgung gesetzt.

Inseln.

Frankreich. Schemlichkeit des Militarismus. In Konstantin (Algerien) ist ein 23jähriger Soldat zum Tode verurteilt und erschossen worden, weil er in der Verurteilung über ihm widerfahrene Verhandlungen einem Unteroffizier einen Fauststoß versetzt hatte. Der Erschossene, Jacquinet mit Namen, stand an demselben Platz, an den fünf vorher zwei kleiner Kameraden gesteckt worden, die man auf ganz gleiche „Verfehlung“ hin zum Tode verurteilt und erschossen hatte.

Dieer dreifache geistliche Mord wurde auf Veranlassung des Präsidenten der Republik, Felix Faure, vollzogen. Dieser ehemalige Gerber, den die französischen Zeitungen

nurmehr mit dem Sultan Abdul-Hamid in Parallele bringen, hat nämlich die drei Todesurteile bestätigt.

Den Präsidenten Grevy und Carnot, wie man auch sonst über sie urteilen mag, muß man die Gerechtigkeit widerfahren lassen, daß sie niemals ein kriegerisches Todesurteil bestätigten. Gastime-Berier war der erste, der diese Verschlingungen wieder vornehmen ließ. Und Felix Faure tritt in seine Fußstapfen, er läßt die armen Soldaten erschießen, die — zur Verwundung getrieben und absichtlich provoziert von — Schenken, die ihre Vorgesetzten sind — einmal die Schuld verdienen.

Das Militärgefängnis in Constantine enthält noch acht oder zehn französische Soldaten, welche zum Tode verurteilt wurden, weil sie Befehle eines Vorgesetzten mit Rücksicht beamteten. Wenn am nächsten das Blut ihres Kameraden Jacquinet getrocknet ist, werden sie der Welt nach an den Pfosten gestellt.

Herr Felix Faure im Elysee scheint sich der Hinrichtungen zu freuen.

Merkmal. Geräuhsch vollzieht sich heute in den Vereinigten Staaten der Präsidentenwechsel. Der bisherige demokratische Präsident Cleveland räumt seinen republikanischen Nachfolger Mac Kinley den Sessel ein. Nach vor seinem Abgange hat Cleveland zwei sehr wichtige Akte als Gefährder vollzogen. Er hat einen auf Cuba vom Generalmajor Weyler zum Tode verurteilten amerikanischen Bürger das Leben gerettet, obwohl Weyler mit seinem Militärtruppe, wenn die Vergeltung erfolge. Zweitens hat Cleveland in letzter Stunde dem heimlich realisierten Einwanderungsgesetz die Genehmigung verweigert. Die Ruhe und Sicherheit, mit welcher sich in den Vereinigten Staaten, die fast so groß sind wie ganz Europa, der Regierungswechsel vollzieht, kann den Monarchisten zu denken geben.

Polizeiliches und Gerichtliches.

§ Gehäusucht hat die Polizei in Wittweida bei den Vertrauensmännern der Maurer. Er wurde beschlagnahmt ein Kontobuch, ein Schlüsselbuch, ein Aufnahmeregister und ein Exemplar des „Grundriss“. Vermutlich will man einen „Vertrauen“ entdecken, der gar nicht vorhanden ist.

§ Eingekerkelt wurde von der Hamburger Staatsanwaltschaft das Verbrechen gegen die beiden im Dezember verhafteten Dackmännern wegen des während der Streikzeit gefälschten Votenumsatzes.

§ Wegen Verbreitung eines Flugblattes mit angeblich beleidigendem Inhalt wurde Genoffe Landgraf aus Burg haldt verurteilt. Die Verurteilung dehnte sich auch auf den Redakteur der Volkstimme, den Expeditionschef, den ständigen Leiter der Druckerei und zum Schluss auf die Zeitung Landgraf aus. Das Ergebnis der Verurteilungen forderte trotz des isolierten Aufwandes nichts zu Tage.

§ Wegen Vergehens gegen das bayerische Vereinsgesetz haben sich 9 Genossen vom sozialdemokratischen Vorkommnisse in Lindwogshausen vor dem Gericht zu verantworten.

§ Wegen öffentlicher Beleidigung des Generalsekretärs Knoll wurde der frühere Redakteur der Breslauer Volksmacht, Genoffe Waldun Gehardt zu einem Monat Gefängnis verurteilt.

§ Ein „Kasseler“ Nachspiel. In voriger Zeit war ein Ausländer der Schweregefahren der Werkstatt von Schneider u. Homan ausgedrungen. Der Angestellte Karl Wobbitz soll einen Schneider der dort in Arbeit treten wollte, bedroht haben. Er stellte den Antritt, den er mit einem Gehalt, nicht als einen Einschüchterungs-Beschuld, sondern als einen Hinweis dar, worin er ihn gemacht habe, nicht nur der Wache der Schreiner, sondern vor dem Landrat der Arbeiter. Es wird auf fünf Tage Gefängnis erkannt.

§ Abgelehnt hat das Stadtverordneten Kollegium in Gera, das zum großen Teil aus Sozialdemokraten besteht, den Beitrag von 160 Mk. zur Kaiser Wilhelm Feier zu bewilligen.

Parteinachrichten.

— Rindisch. In dem sächsischen Städtchen Sebnitz war Genoffe Lehn im Kreise der Arbeiter, die die Verhältnisse mitglieder der Arbeiter, drei Fabrikanten, legten deshalb ihr Amt nieder.

— Die Gewerbegerichtsversammlung in Limbach brachte dem Kandidaten unserer Partei mit 302 gegen 72 gemittelte Arbeiterstimmen die Ehre, die Unterzeichner war von den Genossen nicht aufgestellt.

Zur Arbeiterbewegung.

— Hamburg. In einer Arbeiter-Verammlung, welche am Mittwoch abgehalten wurde, warden sich die meisten Redner gegen die Unterzeichnung des mehrerwähnten Brevetes, auch in der vom Senat gewünschten abgeordneten Fassung, mit dem Bemerkten, daß die Unterzeichnung der Arbeiter, während der gestellten Frist nicht zu unterbreiten, ebenso bindend ist

wie die verlangte Unterzeichnung. Es wurde ein Antrag beschlossen, den Senat nicht zu unterzeichnen. Dieser Beschluß soll der Senatskommission mitgeteilt werden.

— Aufgehoben ist die Exzesse über die Geschäftsfahrt von Dieck in Bogen.

— In der Stadt sind befinden sich die Bonarbeiter und Maurer auf dem Bau Guderer in Walden—Berg.

— Am 1. Mai gedenken die Leipziger Bauarbeiter die Arbeit haben zu lassen.

— Das Arbeitsamt der Stadt Mainz ist vom Ministerium geschlossen worden. Die Gründung bestanden mich am 1. April hatten, die Arbeiter wurden in die Arbeit genommen.

— Eine Wohnerbhöhung ist den Bergleuten auf der Zeche Sibermie bei Gelsenkirchen bemittelt worden.

Kongreß der lokalorganisierten Handels- Hilfsarbeiter in Leipzig.

Der Kongreß trat am Sonntag, den 28. Februar in Stadt Hannover, Seeburgstraße, zusammen. Betrieben waren folgende Delegierte von 11 Städten. Außerdem war Vertreter von Alsbald-Berlin. Vertrauensmann der lokalorganisierten Handels-Hilfsarbeiter, Polig und Krämer, Meißner, Köste. Vertreter der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, und 21 Delegierte für die Handels-Hilfsarbeiter Leipzig. Der Kongreß trat für die Zeit vom 13. Mai 1896 bis zum 31. Januar 1897 Berichter über die Rosenkewagen. Danach war am 13. Mai 1896 ein Bescheid von 854.30 Mk. vorhanden, zu dem 1235.21 Mk. vereinbart wurden, so daß sich die Gesamtsumme auf 2089.51 Mk. beläuft. Dem fanden an Ausgaben gegenüber für Material 557.80 Mk., Kongreßprotokolle 337.30 Mk., Umlisten, Bücher, Stempel und Statuten 194.25 Mk., Beiträge an die Generalkommission 75 Mk., Kongreßdelegation und Druckkosten 417.40 Mk., Annoncements für Handels-Hilfsarbeiter 58.25 Mk., für Porto, Druckkosten u. s. w. 247.40 Mk., zusammen also 1907.13 Mk. Es verließ somit ein Rohanbestand von 182.38 Mk. Die zum Handels-Hilfsarbeiter-Berband übergetretenen Anhänger der Sozialorganisation haben bei jetzt, trotz Anforderung vom Vertrauensmann, unterlassen, die vom Vertrauensmann entnommenen Umlisten, Karten und Kongreßprotokolle im Betrage von 1218.35 Mk. abzuliefern. Die Meißneren bestreiten die Richtigkeit des Rohanberichts und beantragen, mit allen Mitteln die Unrichtigkeit nachzutreiben, da sie vom Vertrauensmann entnommen, auch an die abzuliefern sind.

Prof. Franzlitz referierte über die Frage: Wie haben wir unter letzter Zeit nach Durchbrechung der Halberstädter Beschlüsse zu führen. Wie bekannt, fand zu Pfingsten 1896 in Halberstadt ein Kongreß der Handels-Hilfsarbeiter statt, auf dem beschlossen wurde, die Sozialorganisation mit dem Vertrauensmann in einem System beizubehalten. Zum Beginn des Jahres kam zu Berlin ein Umlisten der Arbeiter der Halberstädter Kongreßes zusammen und beschloß die Gründung eines Zentralverbandes der Handels-Hilfsarbeiter für Deutschland. Die Folge war, daß in den einzelnen Orten und in der Presse die Meinungen auseinanderlagerten, welche Organisation die vorteilhafteste sei. Kopf berichte alle die in diesem Streit aufgeworbenen Punkte.

In der Debatte vertrat Kamp, Polig, Rein, Rein (altes) und Erdmann-Königsberg den Standpunkt, daß das Vorgehen der Mitglieder des Zentralverbandes ein illegales ist, warden sich Kopf dagegen, daß der jetzt dem Zentralverband angeschlossen sind, die Arbeiter der Halberstädter Arbeiter Kongreßes zusammen und beschloß die Gründung eines Zentralverbandes der Handels-Hilfsarbeiter für Deutschland. Die Folge war, daß in den einzelnen Orten und in der Presse die Meinungen auseinanderlagerten, welche Organisation die vorteilhafteste sei. Kopf berichte alle die in diesem Streit aufgeworbenen Punkte.

Die Debatte hatte noch folgende Resolutionen gegattet. Unterzeichnete beantragen: 1. Alle verlesene Resolutionen haben die empfangenen Exemplare des Handels-Hilfsarbeiter an den Vertrauensmann für Deutschland zu geschicken. 2. Da der Vertrauensmann die Karten und die Protokolle begehrt hat, sind die empfangenen Karten und Protokolle entweder zurückzugeben oder an den Vertrauensmann für Deutschland zu geschicken. 3. Die Quartalsbeiträge sind von allen Orten für so lange zu bezahlen, als die meisten nicht der neuorganisierten Zentralorganisation angehörend haben. Falls man nicht zahlen will, beizubehalten wie bei örtlichen Gewerkschaften, sich mit unierem gegenwärtigen Ansprüche zu befassen und demselben Geltung zu verschaffen.

Die Debatte hatte noch folgende Resolutionen gegattet. Unterzeichnete beantragen: 1. Alle verlesene Resolutionen haben die empfangenen Exemplare des Handels-Hilfsarbeiter an den Vertrauensmann für Deutschland zu geschicken. 2. Da der Vertrauensmann die Karten und die Protokolle begehrt hat, sind die empfangenen Karten und Protokolle entweder zurückzugeben oder an den Vertrauensmann für Deutschland zu geschicken. 3. Die Quartalsbeiträge sind von allen Orten für so lange zu bezahlen, als die meisten nicht der neuorganisierten Zentralorganisation angehörend haben. Falls man nicht zahlen will, beizubehalten wie bei örtlichen Gewerkschaften, sich mit unierem gegenwärtigen Ansprüche zu befassen und demselben Geltung zu verschaffen.

Die Debatte hatte noch folgende Resolutionen gegattet. Unterzeichnete beantragen: 1. Alle verlesene Resolutionen haben die empfangenen Exemplare des Handels-Hilfsarbeiter an den Vertrauensmann für Deutschland zu geschicken. 2. Da der Vertrauensmann die Karten und die Protokolle begehrt hat, sind die empfangenen Karten und Protokolle entweder zurückzugeben oder an den Vertrauensmann für Deutschland zu geschicken. 3. Die Quartalsbeiträge sind von allen Orten für so lange zu bezahlen, als die meisten nicht der neuorganisierten Zentralorganisation angehörend haben. Falls man nicht zahlen will, beizubehalten wie bei örtlichen Gewerkschaften, sich mit unierem gegenwärtigen Ansprüche zu befassen und demselben Geltung zu verschaffen.

Die Debatte hatte noch folgende Resolutionen gegattet. Unterzeichnete beantragen: 1. Alle verlesene Resolutionen haben die empfangenen Exemplare des Handels-Hilfsarbeiter an den Vertrauensmann für Deutschland zu geschicken. 2. Da der Vertrauensmann die Karten und die Protokolle begehrt hat, sind die empfangenen Karten und Protokolle entweder zurückzugeben oder an den Vertrauensmann für Deutschland zu geschicken. 3. Die Quartalsbeiträge sind von allen Orten für so lange zu bezahlen, als die meisten nicht der neuorganisierten Zentralorganisation angehörend haben. Falls man nicht zahlen will, beizubehalten wie bei örtlichen Gewerkschaften, sich mit unierem gegenwärtigen Ansprüche zu befassen und demselben Geltung zu verschaffen.

1789.

22] Ueberlegt von August Heine.

(Nachdruck verboten.)

Ans Paris sagen die Bürger um Arbeiter, alles, was irgend einer allen Fülle behält, werden hinaus in die Jagd gehen der Krimen Gunde und Conti, denn diese waren dem Volke am unbedeutendsten.

Ganz große Karren voll Bild wurden täglich nach Paris übergeführt.

Es ist leicht zu erkennen, daß bei diesem wilden Jagdfieber, bei dem es die Vieh vor der ein Mensch in der Hand gehabt, auch manderlei Unglücksfälle passierten.

Allein das machte im Ganzen nichts aus. Die Jagdwild der Großen gerieten sich nicht einzuschließen, und wo sie es dennoch mochten, Bestand aus Leuten, erging es ihnen keineswegs des Leidens gut.

Es ist hierbei zu bemerken, daß das Volk die Jagdwild der vorbestimmten hohen Herren, wie die des Herzogs von Orleans nicht in Anspruch nahm.

Am meisten ungelitten über diesen Umschwung der Dinge war aber der König selbst. Denn die Jagd war das Hauptvergnügen Louis XVI.

Für ihn bestand die ganze Regierungswelt mit nur in der Kunst zu jagen.

Der König führte ein genaues Buch über alles, was die Jagd betraf.

Jede Jagd wurde genau beschrieben. Tag, Stunde, Ort, Teil, nehmer, Zahl und Art der Hunde, die zur Strecke gebracht und angeschossenen Tiere, wo und wie man dabei gefaßt, alles ward bis auf den kleinsten Umstand verzeichnet.

Es erfahren wir, daß der König im unglücklichen Jagdjahre 1774 657, im Jahre 1780 aber, dem besten Jagdjahre, über 2000 Stück Wild getödtet hatte.

Man kann ferner in diesem Jagdbuch lesen, welches Pferd der König bei jeder Jagd mit Namen der Jagdwild u. s. w. Die St. umbrannte der Gunde und was aus ihnen geworden, alles, alles ist notiert.

Von einer genauen Buchhaltung über Einnahmen und Aus-

gaben des Staatsmeins oder des Hofes war hingegen natürlich keine Rede.

Louis XVI. war ein schlechter König, aber sicher einer der besten Jäger seiner Zeit.

21.

Vom 14. bis 21. August, 1789.

Aufhebung des Schenkens.

Die großen Konventueller im Verein mit den Grosgrundbesitzern wählten sich noch immer in der Hoffnung, Paris auszurufen zu können. Dagegen das Getreide der ersten in Riesenmengen aufgetrieben war, wogte fast noch jedes dreizehnte, etwas davon zu verkaufen.

Darüber hatten einen mächtigen Sieg gefeiert, zu welchem auch der König selbst gehörte. Louis XVI. hatte nämlich große Geldsummen in das Unternehmen gestiftet, welches darauf berechnet war, alles Getreide aufzutauken und den Preis derselben in die Höhe zu treiben.

Die Erde dieser Verbindung zur Aufhebung des Hofes war die Königin. Sie hat diese jedoch entschlossen hatte, nach Reg u. s. f. Neben, so wie die eingetragenen Kapitalien, nämlich lediglich Millionen Franken, von der Konvention der Gesellschaft, an deren Spitze ein gewisser Beul der hand, stand.

Durchaus wurde die Gesellschaft einkaufte, der Staat trat ein und Beulner ließ sich ein Knecht in der Hand.

Die Nationalversammlung, gebrochen durch den ersten Sieg, trat in der Person der Eigentumsrechte ein und zwar im Sinne der Worte Rousseau: „Das Unrecht der Menschheit begann in dem Augenblick, als ein einziger Mensch das Wort ausbrach: Dieses Stück Erde ist mein Eigentum.“

Man ließ die Galt dieser Frauen auf sich beruhen, griff aber die andere Hälfte mit um so ärgerem Eifer an. Dies war die Frage über das Einntum der Kirche.

Es war ein Junge im Monat von 29 Jahren. Abgeordneter für Coruz, Namens Luzet, welcher den Kampf gegen die Korredite der Kirche mit den höchsten Worten von der Tribune einleitete: „Die Kirchenhäuser gehören dem Volke.“

*) Jean Jacques Rousseau in sei ein Worte: Ueber den Ursprung der Ungleichheit unter den Menschen. (Süher nicht in deutscher Uebersetzung vorhanden.)

Die Güter der Kirche waren geteilt. Der eigentliche Grundbesitz und die Einnahmen aus dem sogenannten Zehnten, diesen Zehnten, welcher im ersten Jahrhundert eingeführt war, bestand in der Abgabe der zehnten Garbe, sowie des zehnten Teiles aller geernteten Weines, aller Früchte, des Vieles, des Geflügels, der Eier und des Schmalzes; überhaupt den zehnten Teil von allen Produkten des Ackerbaues.

Diesem zehnten mußten aber nur die Bauern entrichten. Der Ael war von allen geistlichen und Staatsbedienten frei.

Die Nationalversammlung beriet die Aufhebung des Zehnten, da solcher die Landwirthschaft lähle lag.

Man kann sich denken, daß die Vertreter der Geistlichkeit mit aller Macht für Aufrechterhaltung ihrer Vorrechte kämpften.

Ein Geistlicher behauptete, der Zehnte sei keineswegs ein Besitztum der Geistlichkeit, sondern eine Bezahlung dafür, daß letzter durch ihre Arbeit für die Fruchtbarkeit des Bodens, Regen und Sonnenhitze sorgten.

Die Bibel — die Vorschriften der Heiligen — das heilige Verprechen, alles mußte erhalten. Allen alles war vergeblich. Der Zehnte wurde aufgehoben und zwar ohne jede besondere Entschädigung.

Ein Teil der Nationalversammlung beschloß, dem König zu schenken und beantragte, Louis XVI. (welcher jeden Beschluß der Nationalversammlung bewilligte) den Titel „Verehrter der Nation“ zu verleihen.

Allein das Frankreich zugeworfen.

Als nächstes wurde die Frage gestellt, denn des Zehnten Beschuldigte die Tribüne und trug den Antrag vor.

Zuerst schweigen des Ertrankens, dann Geschrei und Gelächter aus Seiten der Volksfreie. Der Antrag begann die Worte gesagt werden, welche seitens der Volksversammlung an den König vorzulesen sollte.

„Sie“, fing er nach vielen Unterbrechungen wieder an, „die Volkserhebung hat die Exe —“

„Seine Exe — gar eine Exe“, rief man von der Tribüne, „wir werden ein solches Wort nicht. Die Exe ist auf Seiten des Königs.“

Die Exe Exe Majestät zu fassen zu legen —“ fuhr Tarant fort.

(Fortsetzung folgt.)

